

Interpellation Nr. 44 (Juni 2008)

08.5171.01

betreffend fairen Handel ohne Ausbeutung im staatlichen Beschaffungswesen des Kantons Basel-Stadt und der Gemeinden Riehen und Bettingen

Das Schweizerische Arbeiterinnen- und Arbeiterhilfswerk (SAH) führt eine Kampagne gegen "Ausbeutung mit unseren Steuergeldern". Es ruft gleichzeitig die Bevölkerung zu flankierenden Petitionen an Bund, Kantone und Gemeinden im Sinne eines fairen öffentlichen Beschaffungswesens auf. Als Rechtsgrundlage verweist es auf die acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese verbieten Zwangs- und Kinderarbeit, fordern die Wahrung gewerkschaftlicher Rechte, schreiben die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen vor und verbieten Diskriminierungen. Im gleichen Sinne schreibt auch die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen in Artikel 11 vor, dass im Submissionswesen die Arbeitsschutzbestimmungen und die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beachtet werden. Das SAH verweist als Orientierungshilfe auf einige heute bereits bestehende Zertifizierungen, unter anderem SA 8000.

In seiner Zeitschrift "Solidarität" vom Mai 2008 nennt das SAH unter anderem folgende unfair hergestellte Produkte, die in schweizerischen staatlichen Diensten zum Einsatz kommen:

- Arbeitskleidungen in Spitälern, Polizei, Verkehrsmitteln, Reinigungsdiensten, die in China ohne jeden sozialen Schutz unter Hungerlöhnen bei überlangen Arbeitszeiten hergestellt werden,
- Bälle, verwendet unter anderem in Schulen, aus Pakistan und Indien, hergestellt in wucherischer Akkordarbeit. Dabei sind beispielsweise bei Claro-Weltläden oder Helvetas gute und fair hergestellte Bälle, zertifiziert durch die Fairtrade Labelling Organizations International (FLO) erhältlich.
- Unter besonders schlimmen Bedingungen werden in China, unter anderem in der Sonderwirtschaftszone Pearl River Delta, Computerbestandteile hergestellt.
- Schlimme Verhältnisse herrschen im weiteren auch in zahlreichen Produktionsstätten von Diamanten, Schmuck, Spielzeugen und so weiter.

Mit den zerstörerischen Arbeitsbedingungen werden nicht nur die betroffenen Arbeitnehmenden in Hunger, Krankheit, Invalidität und vorzeitigen Tod getrieben, sondern auch die Bildungs- und Berufschancen der Kinder vernichtet. Die zerstörerischen Arbeitsbedingungen fliessen auch in die internationalen Konkurrenzverhältnisse ein und bedrohen so weltweit, auch in der Schweiz, jeden sozialen und ökologischen Standard. Vor allem geraten heute die Tieflohnländer in einen mörderischen Konkurrenzkampf um die billigsten Produktionsverhältnisse. Dies ist eine wichtige Quelle von Unruhen bis zu blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen.

Im Sinne dieser Ausführungen stelle ich folgende Fragen:

1. In welchem Umfang wird heute im Beschaffungswesen des Kantons Basel-Stadt die Qualität der Lohn- und Arbeitsbedingungen der eingekauften Produkte berücksichtigt? Wie kann dieses Anliegen zu einer Politik der Respektierung von Gerechtigkeit im Handel ausgeweitet werden?
2. Wie weit orientiert sich der Kanton Basel-Stadt bei seinen Beschaffungen an den bestehenden sozialen und ökologischen Labels?
3. Drängt sich zu den Anliegen des gerechten Handels im öffentlichen Beschaffungswesen nicht ein Dialog auf zwischen den zuständigen Behörden des Kantons Basel-Stadt und den Promotoren des fairen Handels wie Erklärung von Bern, Clean Clothes Campaign, Helvetas, SAH, Mission 21, Max Havelaar-Stiftung, Claro, Gebana und so weiter?
4. Welche Möglichkeiten gibt es, den in Tieflohnländern investierenden Konzernen aus der Basler Region die Sorge um die sozialen und ökologischen Standards nahezu legen?
5. Welche Möglichkeiten gibt es, im Rahmen der bestehenden Partnerschaftsverhältnisse, unter anderem mit Shanghai, auf gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken?

Jürg Meyer